

Grossratsfraktion FDP.Die Liberalen Kanton Bern
Adrian Haas, Fraktionspräsident

Sessionsbericht der Novembersession 2015

Der Grosse Rat befasste sich in der Novembersession 2015 unter anderem mit den nachstehend dargestellten Themen. Die Traktandenliste war erneut so gut gefüllt, dass auch die zweite Sessionswoche teilweise genutzt werden musste.

Postulat Lanz (SVP) betr. Einführung einer Regulierungsbremse

Der Grosse Rat bzw. dessen bürgerliche Mehrheit inkl. FDP beauftragte mit 78 zu 60 Stimmen den Regierungsrat, zu prüfen, ob auf kantonaler Ebene eine sogenannte Regulierungsbremse eingeführt werden soll.

Ob der Regierungsrat, der den Vorstoss ablehnte, im Rahmen seiner Prüfung ein taugliches Instrument findet, bleibt offen. Die Problematik liegt nämlich darin, dass die Frage nach einer schlanken Regulierung oder gar des Verzichtes auf eine Regelung bei jeder einzelnen Gesetzesvorlage gestellt werden muss. Generell-abstrakte Regulierungsbremsen dürften kaum gefunden werden.

Voranschlag 2016 (VA) und Aufgaben- und Finanzplan 2017 – 2019 (AFP)

Während viele andere Kantone für das nächste Jahr rote Zahlen prognostizieren, wird der Kanton Bern in der laufenden Rechnung einen Gewinn erwirtschaften (ca. 200 Mio. Franken), so wie in den letzten Jahren mit Ausnahme des Jahres 2012. Diese Tatsache verleitet dazu, die Finanzlage als rosig zu sehen, obwohl sie es nicht ist. Vor allen Dingen muss auf die übermässige Steuerbelastung für natürliche und juristische Personen hingewiesen werden (im interkantonalen Vergleich Rang 23 bzw. 24), welche unbedingt reduziert werden muss und wofür es Spielraum bräuchte.

Der Voranschlag wurde vom Grossen Rat gutgeheissen, wobei gleichzeitig eine Kürzung des Sachaufwandes und eine Stabilisierung der Investitionen beschlossen wurde.

Der Grosse Rat nahm schliesslich auch eine von der FDP initiierte Planungserklärung zum AFP mit 87 zu 54 Stimmen an, wonach der Regierungsrat substanziellen zusätzlichen Handlungsspielraum für Steuersenkungen schaffen muss, damit sich der Kanton Bern im interkantonalen Steuerranking wesentlich verbessern kann.

Dabei hat der Grosse Rat nicht nur die juristischen Personen, also die Unternehmen, sondern auch die natürlichen Personen im Auge. Finanzdirektorin Simon warnte vergeblich davor, „die Herausforderungen für den Kanton Bern erneut zu vergrössern“.

Gesetz über den SNB-Gewinnausschüttungsfonds

Die Jahresergebnisse der Schweizerischen Nationalbank (SNB) unterliegen Schwankungen. Diese wirken sich auch auf die Gewinnausschüttungen an die Kantone aus. So konnte die SNB im Geschäftsjahr 2013 wegen des negativen Jahresergebnisses keine Ausschüttung vornehmen. Demgegenüber erzielte sie im Geschäftsjahr 2014 einen Rekordgewinn von 38 Milliarden Franken, der zu einer doppelten Gewinnausschüttung an die Kantone führt. Deshalb erhält der Kanton Bern (eben aus dem Jahr 2014) im Jahr 2015 rund 160 Millionen Franken, die im Voranschlag nicht budgetiert waren. Vor diesem Hintergrund beantragte der Regierungsrat die Schaffung eines Fonds bzw. einer entsprechenden gesetzlichen Grundlage. Die erste Einlage in den Fonds soll im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2015 mit den besagten 160 Millionen Franken erfolgen.

Damit wird erreicht, dass das Geld entgegen den Bestimmungen über die Schuldenbremse nicht zum Schuldenabbau verwendet sondern zur Einspeisung in die laufende Rechnung „auf die Seite gelegt“ wird und damit Sparmassnahmen vermieden werden können.

Die FDP lehnte (wie die SVP und die EDU) die Vorlage klar ab, weil ein Fonds finanzpolitisch verpönt ist und das Prinzip „true and fair“ verfälscht. Leider wurde die Vorlage aber dank linken Stimmen zusammen mit der BDP beschlossen. Allerdings wurde die mögliche Einspeisung in den Voranschlag wegen eines entsprechenden Antrags der EVP, welcher gutgeheissen wurde, auf die Hälfte einer „normalen“ Gewinnausschüttung reduziert. Damit ist der Murks perfekt.

Motion Machado (GPB-DA) betreffend Cheflohne in staatsnahen Betrieben

Die linke Grossrätin forderte, dass Chefs (unklar war, ob sie CEOs oder VRs oder alle meinte) in staatsnahen Betrieben maximal den Lohn eines Regierungsrats (rund 275'000 Franken im Jahr) erhalten. Links-Grün stellte sich hinter das Anliegen mit den Argumenten, der Kanton müsse mit gutem Beispiel vorangehen. Es gebe noch andere Anreize für qualifizierte Kaderleute als einen hohen Lohn. Für einen Lohndeckel (bzw. ein Postulat) sprachen sich auch Teile der SVP aus. Die anderen bürgerlichen Parteien inkl. FDP fanden jedoch, ein Regierungsratslohn sei für die Entlohnung von Konzernchefs die falsche Bezugsgrösse insbesondere auch mit Blick auf die Konkurrenzsituation auf dem Markt für geeignete Führungspersonen. Der Vorstoss wurde in ein Postulat umgewandelt und dann dennoch mit 73 zu 69 Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt.

Energiestrategie 2006; Bericht zum Stand der Umsetzung

Für seine Energiepolitik, die vom Grossrat nicht durchwegs begrüsst wird, hatte der Regierungsrat im Jahr 2006 sieben Bereichsziele definiert, die nach seiner Auffassung bis 2035 erreicht werden sollen:

<i>Wärmeerzeugung</i>	<i>70 % erneuerbar</i>
<i>Treibstoffherzeugung</i>	<i>5 % aus Biomasse</i>
<i>Stromerzeugung</i>	<i>80 % erneuerbar, ohne AKW, Effizienzsteigerung</i>
<i>Energienutzung</i>	<i>20 % weniger Wärmebedarf, mehr Energieeffizienz Industrie / Gewerbe</i>
<i>Raumentwicklung</i>	<i>kantonaler Versorgungsrichtplan, Energierichtpläne für Gemeinden</i>
<i>Versorgungssicherheit</i>	<i>flächendeckende Versorgung, geringe Unterbrüche</i>
<i>Eigentümerstrategie</i>	<i>für allfällige Beteiligungen an Energieproduzenten</i>

Der Bericht zeigt nun auf, welche Fortschritte auf dem Weg zu diesen Zielen gemacht wurden. Weiter zeigt er den Handlungsbedarf für neue Massnahmen auf, enthält eine Aktualisierung bei den Strategiezielen und beinhaltet die Massnahmenplanung für die nächste Umsetzungsperiode 2015-18. Insgesamt sieht der Regierungsrat die Umsetzung seiner Energiestrategie auf Kurs. Das strategische Ziel der Versorgungssicherheit und das Ziel, dass sich die BKW strategisch an den Zielen der kantonalen Energiestrategie orientiert, erachtet er als erfüllt. In den Bereichen Wärme-, Treibstoff- und Stromerzeugung seien Zwischenziele erreicht. Einzig im Bereich der Energienutzung konnten die anvisierten Ziele mit den geplanten Massnahmen nicht erreicht werden. Im Bereich Treibstoffe dränge sich aufgrund der technischen Entwicklung eine Anpassung des Strategieziels in Richtung effiziente Mobilität auf. In der Bereichsstrategie Stromerzeugung war bisher im Hinblick auf den Wegfall der Kernenergie u.a. die Substitution durch Gas als Option vorgesehen. Künftig soll Gas zur Stromproduktion noch in Kombination mit Wärmeproduktion oder als Spitzenlastenergie bei Biomassenkraftwerken verwendet werden dürfen.

Die FDP und mit ihr der Grosse Rat nahmen diesen Bericht zur Kenntnis. Seine Bedeutung ist in Anbetracht der weitgehenden energiepolitischen Kompetenzen auf Bundesebene ohnehin recht klein und ähnelt einem Papiertiger. Die SVP wollte ihn an die Regierung zurückweisen, weil ihr die darin angetönte Umsetzung der „MUKEN 2014“ (neuen Energievorschriften, welche durch die Energiedirektorenkonferenz vorgeschlagen aber für die Kantone nicht verbindlich sind) nicht passte. Letztlich war aber der Bericht der Regierung mit Blick auf eine künftige Gesetzgebung derart vage, dass sich eine Opposition als am falschen Objekt erwies.

Motionen zur geplanten BLS-Werkstätte in Riedbach

Der Grosse Rat ist zwar nicht zufrieden mit der Kommunikation der BLS beim umstrittenen Projekt für eine neue Werkstatt Bern-Riedbach. Er sprach sich aber gegen einen verbindlichen Auftrag an die Kantonsregierung aus, der BLS einen Planungsstopp zu verordnen (was die Regierung in Anbetracht des eisenbahnrechtlichen Verfahrens m.E. wohl gar nicht könnte). Im Rat wurde mit Recht darauf hingewiesen, dass die BLS nun eine Begleitgruppe eingesetzt habe, welche ergebnisoffen diskutieren könne.

Spitalstandortinitiative

Der Grosse Rat hätte eigentlich einen Entschluss zur Spitalstandortinitiative fällen sollen. Nach einer mehrstündigen Debatte wies er jedoch das Geschäft mit 122 zu 22 Stimmen bei 2 Enthaltungen an die vorberatende Kommission zurück. Die Kommission wird nun die kurzfristig eingebrachten Ideen für einen Gegenvorschlag prüfen und das Geschäft dann in der nächsten Session dem Grossen Rat erneut vorlegen.

Die Initiative, die von einer Mehrheit der Grossratsmitglieder wohl abgelehnt wird, möchte im Gesetz festschreiben, dass in den nächsten acht Jahren keine Spitalstandorte geschlossen und keine Leistungen abgebaut werden – also ein Moratorium. Zudem müsste nicht nur die Geburtenabteilung in Riggisberg wiedereröffnet werden, sondern auch jene in Zweisimmen.

Kredite für Verselbständigung der kantonalen Psychiatrischen Dienste

Seit 2013 besteht hinsichtlich der Verselbständigung der psychiatrischen Kliniken in der Stadt Bern (Waldau), Münsingen und Bellelay ein gesetzlicher Auftrag. Entsprechend deutlich – mit 127 zu 14 Stimmen – hiess der Grosse Rat denn auch den 3-Millionen-Kredit gut, mit dem die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) die Auslagerung der Kliniken aus der Verwaltung vorbereiten und umsetzen will. Auch SP und Grüne, welche die Verselbständigung bekämpft hatten, stimmten notgedrungen zu, wenn auch ohne Begeisterung.

Noch klarer – bei einer einzigen Gegenstimme – hiess der Grosse Rat die Zusatzanträge seiner Gesundheitskommission gut. Diese hatte fünf Anträge formuliert, die zum Ausdruck bringen, dass sie der GEF nicht ganz traut. Die GEF muss nun insbesondere einen verbindlicheren Zeitplan einhalten, die Kommission eng einbinden und konkrete Angaben nachliefern.

Kantonsbeitrag an Vernetzungsprojekt für Bühnenkünste im Berner Jura und Biel

Im Berner Jura bewilligt aufgrund des Jura-Sonderstatuts nicht die Erziehungsdirektion, sondern der Bernjurassische Rat bis zu einer gewissen Höhe die Kulturbeiträge. Ihm stehen 5,3 Prozent der Kulturförderungsgelder des Kantons zur Verfügung. Bei hohen Beträgen hat allerdings der Grosse Rat das letzte Wort. Für 2016 bis 2019 beantragte die Erziehungsdirektion jährliche Kredite von je 550'000 Franken für ein Projekt „ARS“. Das Projekt will die Bühnenkünste im Berner Jura und in Biel auf der Grundlage der heutigen Kulturlandschaft miteinander vernetzen. Eine Koordinationsstelle und eine Fachkommission sollen die Bühnenkünste stärken und besser koordinieren. ARS steht im Zusammenhang mit dem neuen Palace-Theater in Biel und kantonsübergreifend mit dem künftigen regionalen Kunst- und Bühnenzentrum Crea des Kantons Jura in Delsberg.

Die Bildungskommission beantragte dem Grossen Rat mit 11 zu 5 Stimmen, diese Beiträge zurückzuweisen. Sie befürchtete, dass die Mittel vor allem der Kulturbürokratie und nicht dem Kulturschaffen zugutekommen würden. Mit dem Schaffen einer Koordinationsstelle würden fixe Strukturen aufgebaut, die schwer wieder aufgelöst werden könnten. Der Gemeindeverband könnte die Aufgaben dieser Koordinationsstelle übernehmen. Auch störte sich die Kommission an der Finanzierung des Vorhabens. Zum einen leuchte nicht ein, weshalb der Kanton Jura mit mindestens zwei von acht Vertretern im Vorstand Einsitz nehme, sich aber nicht an der Finanzierung beteilige. Zum anderen seien die Rahmenbedingungen für eine vollumfängliche Kostenübernahme durch den Kanton Bern nicht gegeben.

Anders sah es der Grosse Rat und stimmte wohl vor allem aus Rücksicht auf den Berner Jura und der welschsprachigen Minderheit dem Kredit mehrheitlich zu.

Arbeitsmarktgesetz

Mit der Revision des kantonalen Arbeitsmarktgesetzes hat der Grosse Rat eine Grundlage für den Datenaustausch unter verschiedenen Behörden geschaffen. Diese sollen künftig besser auf die Daten Arbeitsloser zugreifen können, was die Stellensuche erleichtern soll. SP und Grüne sahen in der Revision die Chance, Mindestlöhne festzuschreiben und ihre Anliegen im Kampf gegen Lohndumping und für den Datenschutz einzubringen. Die Regierung solle in Absprache mit den Sozialpartnern für alle Branchen Mindestlöhne erlassen – sofern diese nicht bereits in Gesamtarbeitsverträgen geregelt sind, lautete einer der Anträge. Davon wollte die bürgerliche Mehrheit mit Recht nichts wissen und lehnte sämtliche Anträge ab. Schliesslich verabschiedete der Rat die Revision mit 113 zu 6 Stimmen bei 19 Enthaltungen.

Kantonsbeitrag an die Umnutzung des Schlosses Burgdorf

Mit 134 Ja-, keiner einzigen Gegenstimme und 8 Enthaltungen stimmte der Grosse Rat einem Kantonsbeitrag für das Schloss Burgdorf zu. Das Zähringerschloss, das dem Kanton gehört, steht seit dreieinhalb Jahren weitgehend leer. Das Regionalgefängnis und das Gericht sind im Frühling 2012 ins neue kantonale Verwaltungszentrum Neumatt umgezogen. Geblieben sind einzig die Museen. Mit den 6,4 Millionen, die der Grosse Rat sprach, sowie den 3 Millionen, die die Regierung als zinsloses Darlehen gewährt, ist der Weg frei für eine Umnutzung. Für insgesamt 14,6 Millionen Franken sollen in den Schlossräumen zusätzlich zu den Museen eine Jugendherberge, ein Restaurant sowie ein städtisches Traulokal eingerichtet werden. Läuft alles nach Plan, können im Frühling 2019 die ersten Gäste für einen Preis von rund 30 Franken inklusive Frühstück im Schloss übernachten. Auch die FDP stimmte dem Kredit zu, allerdings mit der leichten Befürchtung, das Geschäft könnte gewisse Präjudiz-Wirkung entfalten.

Motionen zur Neuregelung des Notariatswesens

Die staatlich regulierten Notariatstarife waren einmal mehr Gegenstand von Motionen vor allem von der linken Seite. Nach den gescheiterten Versuchen von 2007 und 2010, den Mindesttarif abzuschaffen, hatte diesmal ein

entsprechender Vorstoss der SP dank einem Zufallsmehr (67 zu 62 Stimmen bei viele Abwesenheiten am Ende der Session) und Abweichlern im bürgerlichen Lager Erfolg. Die FDP-Fraktion war grossmehrheitlich dagegen (wir waren für die Prüfung im Rahmen eines Postulates und nicht für eine verbindlich Motion, weil zum einen nicht klar ist, wie die Sache geregelt werden soll und zum andern auf Bundesebene Bestrebung zu einer gewissen Marktvereinheitlichung im Gange sind). Der Regierungsrat wird nun (innert 2 Jahren) eine Aenderung des Notariatsgesetzes vorlegen, dessen Inhalt nicht mit Sicherheit vorausgesagt werden kann. Ob die Notariatskosten künftig (nochmals) sinken werden, ist ebenso unklar.

Bern, im November 2015